

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

Politik für Fachfremde und Berufseinsteiger 9-10

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de





3. Der Beutelsbacher Konsens und didaktische Prinzipien

1976 trafen sich führende deutsche Politikdidaktiker im beschaulichen Ort Beutelsbach bei Stuttgart auf Einladung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg zu einer Tagung. Die dort formulierten Prinzipien des "Beutelsbacher Konsenses" sind Grundlage der politischen Bildung in Deutschland:

- 1. Überwältigungsverbot: Die Schüler*innen sollen nicht zu einer bestimmten Meinung gedrängt werden. Sie sollen zu einem selbstständigen Urteil gelangen, ohne indoktriniert zu werden. Das bedeutet natürlich nicht, dass die Lehrkraft keine eigene politische Meinung haben darf. Wichtig dabei ist deutlich zu machen, dass es sich dabei um ihre persönliche Meinung und nicht die Lehrmeinung handelt.
- 2. **Kontroversitätsgebot**: Was in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft kontrovers diskutiert wird, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Unabhängig vom Thema müssen alle Optionen und Alternativen dargestellt und ggf. diskutiert werden. Auch bei Themen wie z.B. bei der Frage zum Verbot von Schusswaffen, bei der die Schüler*innen vermeintlich rasch zu einem Urteil kommen, sollen die Positionen aller Akteure zur Sprache kommen.
- 3. Interessenorientierung: "Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen."¹ Dieses Prinzip hebt die Bedeutung der Schüler*innenorientierung im Politikunterricht heraus. Die Herausforderung für die Politiklehrkraft besteht darin, auch bei Themen, die auf den ersten Blick nichts mit der Lebenswirklichkeit der Schüler*innen zu tun haben, das Interesse der Lernenden zu wecken.

Daraus lassen sich für den Politikunterricht folgende fachdidaktische Prinzipien ableiten: Schüler*innenorientierung, Handlungsorientierung, Problemorientierung, Kontroversität, Exemplarität und Aktualität. Für die Schüler*innen der Oberstufe soll auch die Wissenschaftspropädeutik eine immer größere Rolle spielen.

4. Methoden des Politikunterrichts

Im kompetenzorientierten Politikunterricht spielen die Methoden eine zentrale Rolle. Anders als bei den Kompetenzen und Inhalten kann die Lehrperson die Methoden weitgehend frei wählen und an die Bedürfnisse und Interessen der Klasse anpassen.

Neben Methoden wie dem Umgang mit Statistiken, der Interpretation von Karikaturen, der Durchführung von Rollenspielen usw., die auch in anderen (gesellschaftswissenschaftlichen) Fächern zum Einsatz kommen, gibt es auch solche, die überwiegend im Politikunterricht Verwendung finden. Hierzu zählen insbesondere die Methoden der empirischen Sozialforschung wie die Erstellung, Durchführung und Auswertung von Umfragen.

Zur Förderung der Handlungskompetenz lassen sich folgende Methoden einsetzen (Auswahl):

- Produktives Gestalten: Diagramm, Plakat, Schaubild, Wandzeitung, Referat ...
- Simulatives Handeln: Rollenspiel, Planspiel, Talkshow, Fish-Bowl ...
- Reales Handeln: Erkundung, Umfrage, Interview, Klassensprecherwahl ...

Auf die Bedeutung der Medienkompetenz wurde schon hingewiesen. Hier kann ggf. eine Zusammenarbeit mit dem Fach Deutsch lohnend sein.

Im Politikunterricht spielt die Aktualität eine wichtige Rolle. Es gilt das Interesse der Schüler*innen für aktuelle Ereignisse zu wecken. Wünschenswert ist es, wenn die Klasse die Nachrichten regelmäßig verfolgt. Um dies zu unterstützen, kann im Politikunterricht regelmäßig und/oder anlassbezogen eine "aktuelle Stunde" eingeschoben werden, bei der unabhängig vom Bildungsplan aktuelle Themen diskutiert werden. Hilfreich kann es auch sein, wenn zu Stundenbeginn jeweils ein*e Schüler*in ein

¹ HANS-GEORG WEHLING, Konsens à la Beutelsbach?; in: Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hg.), Das Konsensproblem in der politischen Bildung, Stuttgart 1977, S. 179-180

Kurzreferat (max. zwei Minuten) zu einem selbstgewählten aktuellen politischen Thema hält und seine*ihre Meinung dazu darstellt und begründet.

5. Links, Materialien, Unterstützungsangebote

Wie kaum ein anderes Fach lebt das Fach Politik von der Aktualität – was es für die Lehrkraft mitunter nicht einfach macht, aktuelle Materialien zu finden, zu sichten und für den Unterricht auszuwählen. Da sich die politische Bildung nicht auf den schulischen Bereich beschränkt, gibt es aber wie für kaum ein anderes Fach ein umfassendes Unterstützungs- und Materialangebot.

Ein umfangreiches Angebot bietet die Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de). Neben einem umfassenden Online-Angebot bietet die Bundeszentrale zahlreiche Literatur, Zeitschriften und CDs/DVDs. Viele Publikationen lassen sich kostenfrei bestellen. Materialien und Zeitschriften kann man vielfach auch im Klassensatz bestellen. Zudem gibt es eine Reihe von Lizenzausgaben der Bundeszentrale von aktuellen Büchern, die zu einem deutlich günstigeren Preis bezogen werden können. Empfehlenswert ist es, für jede*n Schüler*in kostenfrei ein Exemplar des Grundgesetzes (GG) zu bestellen, das im Politikunterricht regelmäßig zum Einsatz kommt.

In jedem Bundesland gibt es analog eine Landeszentrale für politische Bildung, die ebenfalls verschiedene Materialen, vielfach auch mit einem Bezug zum jeweiligen Bundesland, anbietet (https://www.bpb.de/partner/51452/landeszentralen-fuer-politische-bildung).

Erste Anlaufstellen für aktuelles statistisches Material sind das Statistische Bundesamt (www.destatis.de) und die jeweiligen Statistischen Landesämter. Zahlreiche Statistiken finden sich auch unter https://de.statista.com/, wobei bei diesem kommerziellen Anbieter ein Teil der Grafiken kostenpflichtig ist.

Zahlreiches Material, das teilweise als Unterrichtsmaterialien aufbereitet ist, findet sich auch bei Behörden und Institutionen. Auch die verschiedenen Stiftungen wie die parteinahe Hans-Böckler-Stiftung (www.boeckler.de), die Konrad-Adenauer-Stiftung (www.kas.de) und andere halten zu verschiedenen Politikfeldern aktuelle Informationen bereit. Wirtschaftspolitische Informationen gibt es beispielsweise beim Institut der deutschen Wirtschaft (www.iwkoeln.de) oder beim Ifo-Institut (www.ifo.de). Lohnenswert ist es auch, einen Blick auf das kostenfreie Programm Grafstat zu werfen (www.grafstat.de). Mit vergleichsweise geringem Aufwand für die Schüler*innen können damit am PC-Befragungen konzipiert, durchgeführt und ausgewertet werden.

A. Materialien und Vorbereitung

- M 1 zum Einstieg für die Dokumentenkamera kopieren
- Arbeitsblätter 1-4 in Klassenstärke kopieren

B. Didaktisch-methodische Hinweise

Die Sozialstruktur bezeichnet die Einteilung der Gesellschaft nach ihren sozialen Merkmalen, vor allem nach ihrer sozialen Schichtung. In der Wissenschaft werden verschiedene Beschreibungsansätze diskutiert. Aus Gründen der didaktischen Reduktion sollen hier nur das Schichtmodell und die sozialen Milieus betrachtet werden.

Stundenverlauf

Zu Beginn projiziert die Lehrkraft die Bilderkollage. In einem Brainstorming äuβern die Schüler*innen, welche Vorstellungen sie mit einer bunten, pluralen Gesellschaft verbinden. Welches Bild gehört dazu? Welches möglicherweise nicht? Welche Bilder würden die Schüler*innen ergänzen? Mithilfe des Arbeitsblattes, das ausgewählte Merkmale zum Aufbau und der Zusammensetzung der Gesellschaft zeigt, sollen die Schüler*innen gesellschaftliche Herausforderungen benennen, die sich aus der gegenwärtigen demografischen Situation ergeben. Die Lehrperson kann ggf. Impulse geben. Ausgehend von einem Text sollen sich die Schüler*innen dann mit Kriterien zur Einteilung der Gesellschaft befassen. Anschlieβend beschäftigen sich die Lernenden mit dem Schichtkonzept und den sozialen Milieus. Bei den Milieus wird die vielzitierte Typologie des Sinus-Institutes, einem Unternehmen, das in der Markt- und Sozialforschung tätig ist, verwendet. Diese umfasst zwei Dimensionen: soziale Lagen und Grundorientierung. Neben soziodemografischen Variablen (Alter, Einkommen, Geschlecht, Bildung ...) werden Werte und Einstellungen berücksichtigt. Bevor sich die Schüler*innen mit der Auswertung befassen, sollen unbekannte Begriffe geklärt werden. Die Schüler*innen ordnen die jeweiligen Definitionen zunächst in Einzelarbeit einem Milieu zu und vergleichen dann mit dem Sitznachbarn. Abschlieβend werden die Ergebnisse im Plenum besprochen.

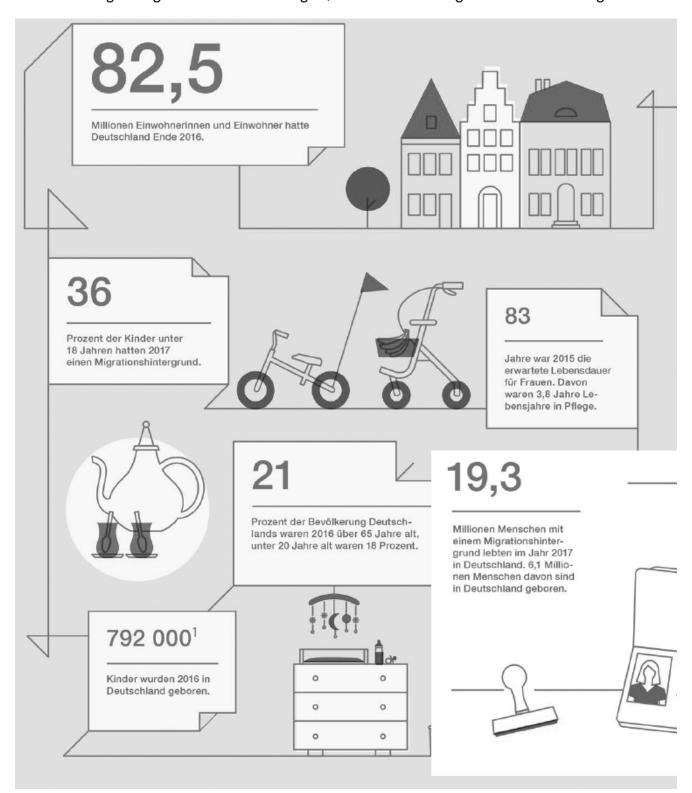
Verwendete Sozialformen und Methoden

- Brainstorming (Einstieg)
- Auswertung von Diagrammen und Schaubildern
- Textarbeit (Sozialwissenschaftler vermessen die Gesellschaft)
- Zuordnung von Definitionen (Think-Pair-Share)

Hilfreiche Links

https://www.bpb.de/izpb/197985/sozialer-wandel-in-deutschland https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/_inhalt.html

1. Nenne mögliche gesellschaftliche Folgen, die sich aus den genannten Daten ergeben.



(Quelle: verändert und ergänzt nach: Statistisches Bundesamt, Datenreport 2018)

Der Begriff **Migration** (lat.: migrare = wandern) bezeichnet die Zu- und Abwanderung von Menschen. Binnenmigration bezeichnet die Wanderungen von Personen innerhalb eines Staates oder einer festgelegten Region (z.B. der EU). Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes haben 20,8 Mio. Menschen in Deutschland einen

- Migrationshintergrund, d. h. sie selbst oder mindestens ein Elternteil hatten bei ihrer Geburt keine deutsche Staatsangehörigkeit. Etwas mehr als die Hälfte der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit, während 9,9 Millionen Ausländer sind, also keinen deutschen Pass besitzen. 1,5 Mio. davon haben aber selber keine Migrationserfahrung, da sie in Deutschland geboren wurden.
- Ein großer Teil der in jüngster Vergangenheit Zugewanderten sind **Flüchtlinge**, die aus verschiedensten Gründen ihre Heimatländer verlassen haben und in Deutschland einen **Asylantrag** gestellt haben. Sie durchlaufen das Asylverfahren, in dem entschieden wird ob und ggf. wie lange diese Menschen in Deutschland bleiben dürfen.
 - Ausländer aus anderen EU-Staaten, sogenannte **EU-Ausländer**, dürfen nach EU-Recht in Deutschland wie Inländer wohnen und arbeiten. **Nicht-EU-Ausländer** benötigen hierzu eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis.
- Eine weitere große Gruppe sind die **(Spät-)Aussiedler**. Es handelt sich hier um Zuwanderer mit deutscher Abstammung, die aus Ostereuropa und der ehemaligen Sowjetunion in die Bundesrepublik kamen. Im Zeitraum von 1975 bis 1987 kamen jährlich zwischen 20.000 und 60.000 Aussiedler in die BRD. Ab 1988 stieg die Zahl stark an und erreichte 1990 mit knapp 400.000 einen Höhepunkt. In den Folgejahren waren es jährlich rund 200.000. Ab 1995 ging die Zahl der Spätaussiedler wieder
- 25 stark zurück.

Migrationsstatus	Anteil der Gesamtbevölkerung	
	Anzahl in 1000	in %
Bevölkerung in Privathaushalten insgesamt	81 613	100,0
ohne Migrationshintergrund	60 814	74,5
mit Migrationshintergrund	20 799	25,5
Deutsche	10 892	13,3
zugewandert	5 087	6,2
in Deutschland geboren	5 805	7,1
Ausländerinnen und Ausländer	9 907	12,1
zugewandert	8 371	10,3
in Deutschland geboren	1 536	1,9

(Quelle: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/08/PD19_314_12511.html)



Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

Politik für Fachfremde und Berufseinsteiger 9-10

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de



